

KOMMENTAR



Wir und die Griechen

Auch Deutschland ist hoch verschuldet

► WERNER KOLHOFF (BERLIN)

Es gibt Gruppen und Parteien bei uns, die lehnen die gerade im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ab. Die Linke etwa, Teile der SPD und Grünen, auch viele Gewerkschafter. Sie sollten jetzt alle mal eine Studienreise in die Ägäis unternehmen, um zu lernen, was mit einem Land passiert, dessen Volk beständig mehr Geld verbraucht, als die eigene Wirtschaft hergibt. Und es gibt Gruppen und Parteien, die rufen weiter: Steuersenkung, Steuersenkung. Die FDP, Teile der Union und etliche wirtschaftsnahe Verbände sind zu nennen. Sie sollten ebenfalls nach Griechenland fahren, wo sich die Bürger durch Mogeln die Steuern selbst gesenkt haben und der Staat finanziell ausgeblutet ist.

Das aktuelle, sich täglich verschärfende Drama sollte Anlass genug sein, Positionen zu überdenken. Das gilt übrigens auch

für die Kanzlerin und ihre Partei. Weil neben der Finanz- und Wirtschaftskrise nun auch noch die Rettung des Euro gestemmt werden muss, gibt es nichts mehr zu verteilen. Das müsste ihre Botschaft in diesen Tagen sein. Doch die schwarz-gelbe Koalition tut weiter so, als könne sie ihr unbeschwertes, von Wahlversprechungen geprägtes Regierungsprogramm umsetzen.

Die deutsche Verschuldung beträgt übrigens mehr als 70 Prozent des Bruttosozialprodukts; gleichzeitig ist Deutschland das Land mit der niedrigsten Geburtenrate und der mit am schnellsten fortschreitenden Überalterung. Worauf beruht eigentlich die Erwartung, dass wir unsere Schulden immer werden zurückzahlen können und die Finanzagenturen eines Tages nicht auch uns herabstufen? Nur auf Hoffnung.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

AKTUELLES STICHWORT

Ratingagenturen

In der Finanzkrise stehen erneut die Ratingagenturen am Pranger. Ihnen wird vorgeworfen, mit der Herabstufung der Kreditwürdigkeit von Griechenland und Portugal zur Misere der Euro-Länder beizutragen.

Ratingagenturen bewerten die Kreditwürdigkeit (Bonität) von Unternehmen, aber auch von Staaten. Am bekanntesten sind die US-Firmen Standard & Poor's, Moody's und Fitch. Sie verteilen Noten (Ratings), die von AAA oder Aaa (sichere Anlage) bis D (zahlungsunfähig) reichen. Privatanleger, Kreditinstitute und Versicherungen entscheiden anhand dieser Noten, ob sie den Ländern oder Firmen Geld leihen oder ihre Anleihen abstoßen. Damit haben Ratingagenturen erheblichen Einfluss auf die Finanzmärkte.

In die Pleite treiben

Die großen Ratingagenturen haben die Kreditwürdigkeit Griechenlands in den vergangenen Wochen immer weiter herabgestuft. Standard & Poor's bewertet die Staats-Anleihen seit Dienstag nur noch als „Ramsch“ (junk) und stuft zugleich auch Portugal herab. Da-

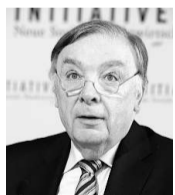
mit ist es der Regierung in Athen nahezu unmöglich, sich an den Märkten noch Geld zu leihen. Am Mittwoch stiegen die Zinsen, die Griechenland seinen Schuldnehmern zahlen muss, auf den Rekordwert von elf Prozent.

Kritiker fürchten einen Teufelskreis, der Griechenland in die Pleite treiben könnte. Auch gegen Euro-Länder wie Portugal und Irland wird wegen schlechter Noten spekuliert. Die Ratingagenturen werden auch für die Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 mitverantwortlich gemacht, welche die weltweite Finanzkrise auslöste. Den Agenturen wurde vorgeworfen, mit zu guten Ratings über die Schieflage der Bank hinweggetäuscht zu haben.

Bis Jahresende tritt eine neue EU-Verordnung in Kraft, welche die Agenturen erstmals den europäischen Finanz-Aufsichtsbehörden unterstellt. Bußgelder drohen solchen Instituten, welche etwa gegen die strengeren Informationspflichten verstoßen. Eine europäische Ratingagentur, die immer wieder gefordert wird, scheidet bisher am mangelnden politischen Willen.

ZUR PERSON

Austritt nahegelegt



► ROLF PEFFEKOVEN

Wirtschaftswissenschaftler

Der Mainzer Finanzwissenschaftler und Botschafter der neoliberalen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Rolf Peffekoven, hält einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone für die beste Lösung zur Eindämmung der akuten Finanzprobleme. „Wenn Griechenland selbst austreten wollte, hätte sicher kein Euro-Land etwas dagegen“, sagte Peffekoven.

„Sowohl Griechenland als auch den übrigen Euro-Ländern wäre damit wohl am ehesten gedient.“ Griechenland müsse dann mit seinen Gläubigern Schuldenerlasse aushandeln, erläuterte der Finanzexperte. „Wäre Griechenland nicht in der Währungsunion, dann könnte es durch Abwertung seiner Landeswährung die Probleme in den Griff bekommen.“ Das sei nun nicht mehr möglich. „Deshalb muss man darüber diskutieren, ob nicht ein Austritt Griechenlands aus dem Euro-Verbund die bessere Lösung ist“, erklärte Peffekoven. (an)

ZITAT

„Warum sich die Feuerwehr wochenlang am Kopf kratzt, anstatt die Pumpen zu bedienen, verstehe ich nicht.“

JOSCHKA FISCHER, DEUTSCHER POLITIKER

ANSICHT

„Der Schwache zweifelt vor der Entscheidung; der Starke danach.“

KARL KRAUS (1874-1936), ÖSTERREICHISCHER KRITIKER UND SATIRIKER

DAS THEMA: DIE GRIECHENLANDKRISE

Leiden werden die Schwächeren

In Griechenland geht inzwischen die nackte Angst um. Viele sind verunsichert und fragen sich, was aus ihren Ersparnissen wird. Junge Leute denken ans Auswandern. Gewerkschaften kündigen Streik an.

VON TAKIS TSAFOS

Athen. „Wir sinken! Es ist das Ende!“, prophezeit in Panik ein älterer Herr im Zentrum Athens. Seit Dienstagabend herrscht im hoch verschuldeten Griechenland helle Aufregung. „Was geschieht mit meinem Ersparnis? Was soll ich machen?“, fragen verunsicherte Menschen. „Die Geldeinlagen sind garantiert. Es gibt absolut keine Gefahr“, erklärt ein sichtlich beunruhigter Regierungssprecher im Fernsehen. Minuten zuvor hatte die Ratingagentur Standard & Poor's die griechischen Anleihen-Papiere als „Ramsch“ abgewertet. Jedoch gab es am nächsten Morgen keine langen Schlangen vor den Banken.

Mittlerweile hat auch die Bevölkerung begriffen, um was es geht – Umfragen zufolge behaupten das jedenfalls 80 Prozent von sich. „Hand aufs Herz. Ich bin bereit beizutragen. Was wird aber aus meinen Kindern? Werden sie eines Tages eine Rente bekommen?, sind typische Äußerungen. Staatspräsident Karolos Papoulias hatte klar gesagt, wer die Opfer bringen muss – „leider werden es die Schwächeren sein“.

Mit 700 Euro Familie gründen?

Viele jüngere Menschen denken schon ans Auswandern. Der Chemieingenieur Aris Ioannidis hat bereits eine Arbeit im italienischen Mailand gefunden. „Ich habe ab. Ich habe keine Lust mehr, hier nach Arbeit zu suchen und Angebote zu bekommen, die unter aller Sau sind. Kannst du mit 700 Euro leben und hoffen, eine Familie zu gründen?“, fragt er.



Demonstranten blockierten gestern den Eingang zum Finanzministerium in Athen.

Foto: dpa

Einige Zeitungen setzen hoffnungsvoll auf das EU-Hilfspaket. „Die Angst vor dem Domino-Effekt bringt die Unterstützung näher“, titelte die linksliberale „Eleftherotypia“ und sprach vom „Wettlauf mit der Zeit.“ Trotz der dramatischen Lage kündigten verschiedene Gewerkschaften neue Streiks an. Am 5. Mai wollen die beiden

größten Gewerkschaften des staatlichen und des privaten Sektors mit einem zweistündigen Ausstand das Land lahmlegen. Am Mittwoch protestierten rund 800 Menschen gegen den Einstellungsstopp und blockierten den Eingang des Finanzministeriums in Athen. Die Experten des IWF, der EZB und der Europäischen Kommission, die die

letzten Federstriche am Hilfspaket tun, kamen nur durch eine Nebentür ins Ministerium.

Im Athener Arbeiterviertel Patissia werden derweil hilfsbedürftige Rentner von ihren Nachbarn und der Kirche mit Lebensmitteln versorgt. 500 Euro Rente bei 250 Euro Monatsmiete reicht für zwei Personen nicht aus. (dpa)

„Meine Kollegen schütteln alle nur den Kopf“

Sven Giegold, Finanzexperte der Grünen, kritisiert den Kurs der Kanzlerin in der Griechenlandkrise

VON JOACHIM ZINSEN

Aachen/Brüssel. Politisches Versagen in der Griechenlandkrise wirft der grüne Europaparlamentarier Sven Giegold der Bundesregierung vor. Nach Ansicht des Mitbegründers und langjährigen Sprechers von Attac hat die schwarz-gelbe Koalition viel zu spät und zu zögerlich auf die Finanzschwierigkeiten reagiert. Um Spekulanten das Handwerk zu legen, fordert der Finanzexperte erneut eine deutlich strengere Regulierung der internationalen Finanzmärkte.

Herr Giegold, sollte die Bundesregierung Griechenland finanziell helfen?

Giegold: Ja. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Finanzmärkte mit Griechenland und dem gesamten Euro nicht länger Ping-Pong spielen. Es geht dabei nicht um Geschenke für das Land, sondern um ein Darlehen.

Die Bundesregierung laviert bei dieser Frage. Hat das die Krise verschärft?

Giegold: Das monatelange Zögern der Bundesregierung ist absolut ursächlich für die Probleme. Griechenland war schon Anfang des Jahres zu einschneidenden Sanierungsmaßnahmen bereit. Statt damals die Finanzierung Griechenlands zu garantieren – ähnlich wie es Angela Merkel und Peer Steinbrück 2008 während der Bankenkrise bei den Spareinlagen gemacht haben – ist so lange gezögert worden, bis die Finanzierungsprobleme des Landes immer größer geworden sind. „Madame Non“ – wie Angela Merkel im Europaparlament genannt wird – ist daher mitverantwortlich für die Eskalation der Krise.

Wie ist das Zögern der Kanzlerin in Europa aufgenommen worden?

Giegold: Meine Kollegen im Europaparlament schütteln alle nur den Kopf.

Gegner der Finanzhilfe führen an,



Sven Giegold: „Madame Non“ ist mitverantwortlich für die Eskalation der Krise. Foto: imago

kein Geld in ein Fass ohne Boden schütten zu wollen.

Giegold: Griechenland ist hoch verschuldet und hat Probleme mit seiner Wettbewerbsfähigkeit. Es sind deshalb tiefgreifende Strukturänderungen nötig. Diesen Weg hat das Land aber inzwischen eingeschlagen.

Ist Griechenland nicht längst bankrott?

Giegold: Die Zinslast Griechenlands macht zurzeit 30 Prozent des Staatshaushaltes aus. An dieser Schwelle beginnt die Gefahrenzone für einen Staatsbankrott. Definitiv wird er aber erst bei circa 40 Prozent. Derzeit kann Griechenland mit einschneidenden Maßnahmen also noch aus seinen Problemen herauskommen. Gelingen wird das allerdings nur, wenn das Land nicht von immer höheren Zinslasten erdrückt wird. Doch genau das geschieht momentan.

Viele Griechen wehren sich gegen den radikalen Sparkurs. Proteste gegen massive Lohnkürzungen und eine höhere Mehrwertsteuer häufen sich.

Giegold: Es gibt nicht die Grie-

Mindeststeuersätze. Dazu brauchen wir endlich eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik.

Die Gefahr ist also groß, dass andere Staaten durch die Griechenlandkrise angesteckt werden?

Giegold: Natürlich. Die Kosten einer Kreditausfallversicherung für Portugal sind mit bis zu 4,5 Prozent in den vergangenen Tagen enorm gestiegen. Die Fonds, die mit Unterstützung der Ratingagenturen auf ein Scheitern Griechenlands wetten, haben längst zur nächsten Jagd angesetzt. Es gilt, deren Aktivitäten endlich zu beschränken.

Was würde ein Übergreifen der Griechenlandkrise für den Euro und die Euro-Zone bedeuten?

Giegold: Der Kurs des Euro fällt bereits. Im schlimmsten Fall droht uns das Ende des Euro in seiner bisherigen Form.

Welche Auswirkung hätte das auf die Wirtschaft?

Giegold: Die gesamte Euro-Zone würde in eine neue schwere Rezession stürzen.

Spekulanten sind die Profiteure der Griechenlandkrise. Seit Ausbruch der Finanzkrise vor rund zwei Jahren wird immer wieder von einer Regulierung der Finanzmärkte gesprochen. Warum ist bisher so wenig geschehen?

Giegold: Weil die USA und die europäischen Staaten die Märkte nur global regulieren wollen. Beide Seiten neigen dazu, der jeweils anderen Seite die Schuld dafür zu geben, dass es nicht vorangeht. Im Finanzausschuss des Europäischen Parlaments liegen zurzeit eine ganze Reihe von Paketen zur Finanzmarktregulierung. Leider ist es so, dass die EU-Mitgliedsstaaten häufig als Bremser auftreten – allen voran Großbritannien und Deutschland. Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss endlich ihren Widerstand gegen eine europäische Finanzaufsicht mit Zähnen aufgeben.